

## Bericht zum Tagungsbereich 1

### Ausbildungsplatzsituation — Ursachen, Folgen, Maßnahmen

Bedingt durch die demographische Entwicklung und die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt stehen derzeit die Kapazitätsprobleme im Vordergrund der Berufsbildungsdiskussion.

Die Arbeit im Tagungsbereich 1 war ausgerichtet auf die Analyse der Ursachen und Folgen des Ausbildungsplatzengpasses sowie auf die Konzipierung und Bewertung von Maßnahmen zur Begegnung dieser Entwicklung. Da die Maßnahmen nicht nur zur kurzfristigen Engpaßbewältigung, sondern zur dauerhaften Lösung des Problems beitragen sollen, waren die übergeordneten Gesichtspunkte der Qualität der Ausbildung und des Bezugs zum Beschäftigungssystem besonders zu berücksichtigen.

Die Schwierigkeiten, denen die Teilnehmer der Arbeitsgruppen und des Plenums gegenüberstanden, wurden unter anderem dadurch deutlich, daß es nicht gelang, einheitliche und zuverlässige Aussagen darüber zu machen, wie sich die Qualifikationserfordernisse, der Arbeitsmarkt und die Berufsausbildung — auch in ihrem gegenseitigen Wirkungsverhältnis — in den nächsten Jahren entwickeln werden. Hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen wurde vor allem im Plenum — auch im Zusammenhang mit alternativen Finanzierungsregelungen — die Grundfrage kontrovers diskutiert, ob die berufliche Bildung den Kräften des Marktes und staatlichen Subventionshilfen überlassen werden soll, oder ob die berufliche Bildung als öffentliche Aufgabe gesehen werden muß. Auffällig war, daß besonders diejenigen, die in jedem staatlichen Eingriff eine Gefahr sehen, die Antwort darauf schuldig blieben, wie die Benachteiligung bestimmter Gruppen, beispielsweise der Mädchen, der ausländischen Jugendlichen und der Lernschwachen, ohne Verbesserung der Grundlagen für politische Entscheidung aufgehoben werden kann.

#### ARBEITSGRUPPE 1.1

##### Bestimmungsründe und Auswirkungen der Ausbildungsplatzsituation

Auf der Grundlage von Kurzreferaten wurde zunächst über die Bestimmungsgründe der Entwicklung des Ausbildungsplatzangebotes diskutiert. Hervorgehoben wurden:

- die demographische Entwicklung, die zu einer schubweisen Be- bzw. Entlastung des betrieblichen Ausbildungsgeschehens führt;
- die konjunkturelle Entwicklung, die zu einer Verringerung der Nachfrage nach Arbeitskräften führt und oft — eng damit gekoppelt — einen Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen in Betrieben bewirkt;
- die strukturellen Faktoren, wie u. a. steigender Technisierungsgrad der Arbeitsplätze infolge technischer Innovationen und Rationalisierungen, Produktionsverlagerungen ins Ausland und fortgesetzte Betriebskonzentration, die zunehmend der betrieblichen Ausbildung Hemmnisse entgegenstellen und ihre Kosten erhöhen;
- bildungspolitische Maßnahmen, wie z. B. Vorschriften für die Eignung der Ausbilder, die sich auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe negativ auswirken;
- mangelnde schulische Vorbildung und persönliche Eignung der Bewerber, mangelnde Motivation.

Als Folge des allgemeinen Rückgangs hat sich die ungleiche regionale, branchen- und berufsfeldspezifische Verteilung des Ausbildungsplatzangebotes weiter verschärft und eine „Umverteilung“ von relativ breit qualifizierenden Ausbildungsplätzen im industriellen Bereich in oft wenig attraktive und

häufig eng spezialisierende Bereiche des traditionellen Handwerks vollzogen.

Im weiteren wurden die Auswirkungen der veränderten Ausbildungsplatzsituation auf besondere Problemgruppen — wie Kinder von Wanderarbeitnehmern, Ausbildungsabbrecher, Jungarbeiter und jugendliche Arbeitslose — diskutiert.

Die Verknappung von Ausbildungsplätzen trifft danach vor allem die Gruppen, die aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Herkunft sowieso schon benachteiligt sind. Kinder von Wanderarbeitnehmern werden aufgrund von häufig anzutreffenden Sprachschwierigkeiten abgedrängt. Ausbildungsabbrecher haben ein Herkunftsprofil, welches stark dem von Jungarbeitern gleicht, sie sind jedoch für eine Ausbildung stärker motiviert. Der abgebrochene Ausbildungsberuf war für sie meist „Beruf zweiter Wahl“.

Die Tatsache, daß etwa jeder fünfte jugendliche Arbeitslose ursprünglich eine Lehre anstrebte, weist auf einen nicht unerheblichen Zusammenhang zwischen der Situation am Ausbildungsstellenmarkt und der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen hin:

Nach einer Repräsentativ-Untersuchung des BIBB bei 3000 Jugendlichen in der BRD und West-Berlin sind 21 % der unfreiwilligen Jungarbeiter arbeitslos. Bei den freiwilligen Jungarbeitern sind es 15 %.

Während in der Beurteilung der Entwicklung der Ausbildungsstellensituation — über den quantitativen und z. T. qualitativen Rückgang der betrieblichen Ausbildung — große Übereinstimmung unter den Teilnehmern bestand, gab es über die Wege und Instrumente zu einer Umkehr dieser Entwicklung grundlegenden Dissens.

#### ARBEITSGRUPPEN 1.2 A UND B

##### Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation

Die Maßnahmen zur Behebung der Kapazitätsprobleme im Bereich der beruflichen Bildung — zur Förderung der Quantität und Qualität der Ausbildung der Jugendlichen — sind durch eine Heterogenität der Zielsetzungen und der Lösungsansätze gekennzeichnet. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppen 1.2 A und B standen vor der Aufgabe, ausgehend von einer systematischen Darstellung des Spektrums der laufenden und geplanten Maßnahmen, eine Analyse und Bewertung dieser Ansätze vorzunehmen und Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Zwischen 1977 und 1985 verlassen die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre die Schulen und fragen Ausbildungsplätze nach. Wenn sich die Chancen zur beruflichen Qualifizierung der Schulabgänger nicht vermindern sollen, müssen alle Ausbildungsbereiche eine „Überlast“ hinnehmen, selbst dann, wenn im Zweifelsfall die Verwertungsmöglichkeiten der Ausbildung beim Übergang ins Beschäftigungssystem eingeschränkt sein sollten. In Referaten und Diskussionsbeiträgen wurde darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten an dieser Übergangsschwelle reduzierbar sind, wenn die Ergebnisse der Flexibilitäts- und Substitutionsforschung zur gezielten Förderung ausgewählter (polyvalenter) Bildungsgänge und zur Strukturierung der Curricula eingesetzt werden. Die Tätigkeitsänderungen im Gefolge des ökonomisch-technisch-organisatorischen Wandels im Beschäftigungssystem sprechen gegen eine generelle und ungezielte Ausbildungsplatzforderung. Betont wurde die Notwendigkeit einer integrierten Bildungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die dequalifizierende technisch-organisatorische Innovationen verhindert.

Einen zentralen Stellenwert nahm die Diskussion um eine regionalisierte Betrachtung und Beurteilung der Ausbildungsplatzsituation sowie um regionalisierte Förderungsmaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung ein. Ausgehend von den vorliegenden empirisch-statistischen Ergebnissen über regionale Disparitäten im betrieblichen, schulischen und überbetrieblichen Ausbildungsplatzangebot, die auch nachweisen, daß die schlechte Versorgung von Regionen mit Erstausbildungsmöglichkeiten zumeist nicht erst neueren Datums, sondern auf eine strukturelle Unterversorgung zurückzuführen ist, und die gleichfalls zeigen, daß die bisherigen staatlichen Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung den ohnehin gut versorgten Regionen mehr zugute gekommen sind als den Problemregionen, wurden zwei Forderungen für die Zukunft gestellt: Zum einen wurde eine an Regionalanalysen anknüpfende regional differenzierte Förderung gefordert, zum anderen eine integrierte, aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Ausbildungsplatzförderungs- und Raumordnungspolitik von Bund und Ländern.

Als flankierende Maßnahmen zur direkten Ausbildungsplatzförderung wurden die Bildungs- und Berufsberatung, die Möglichkeit der Auszubildendenverkürzung sowie die berufliche und ausbildungsvorbereitenden Grundausbildungs-, Sonder-, Förder- und sonstigen Lehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit bzw. der Arbeitsverwaltungen und der Länder diskutiert: Es wurde vielfach bemängelt, daß gegenwärtig die Beratungsinstitutionen zu wenig effizient arbeiten, weil

- Bildungs- und Berufsberatung organisatorisch und inhaltlich getrennt verliefen,
- zu stark die Quantität vor der Qualität der Beratung rangiere,
- die Kooperation zwischen Berufsberatung und zuständigen Kammern oft unzureichend funktioniere und
- die Berater zu wenig Betriebskontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten hätten. Auf der anderen Seite wurde ausdrücklich betont, daß der Berufsberatung der Arbeitsverwaltung nicht alle Mängel in der Beratung und Information der Jugendlichen angelastet werden können.

Dem Vorschlag einer Erschließung von Ausbildungsplatzreserven durch Kürzung individueller Ausbildungszeiten aufgrund individueller Leistungen wurden Bedenken entgegengebracht:

Zum einen sei schon jetzt zu beobachten, daß Jugendliche möglichst lange in der Ausbildung bleiben wollten, um drohender Arbeitslosigkeit zu entgehen, zum anderen ständen zeitlich festgelegte Ausbildungsstrukturen in Betrieben und Berufsschulen der Nutzung solcherart freiwerdender Kapazitäten im Wege.

Als flankierende Maßnahme der Ausbildungsplatzförderung akzeptierten die Teilnehmer den Wert ausbildungsvorbereitender Lehrgänge; kritisiert wurde aber, daß sie angesichts mangelnder qualifizierter Facharbeiter- und Fachangestelltenausbildungsplätze ihre flankierende Funktion verlören und zum kurzatmigen Ersatz degradierten.

Im Zusammenhang mit allen vorerwähnten Themen wurde die Frage der Qualität der beruflichen Bildung heftig diskutiert: Die Vertreter der Arbeitgeberseite wiesen immer wieder darauf hin, daß überzogene Ausbildungsanforderungen sowohl die Ausbildungsmöglichkeiten der Unternehmen überforderten und auch ihren Bedarf an Arbeitskräften unrealistisch einschätzten, als auch den Eingangsvoraussetzungen insbesondere der Haupt- und Sonderschulabgänger sowie ihrer Theorie- und Schulmüdigkeit nicht gerecht würden. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen forderten angesichts mangelnder eindeutiger Prognosen über den zukünftigen Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarf, vor allem aber aufgrund des Rechts aller Jugendlichen auf eine qualifizierte Ausbildung als Grundlage der Existenzsicherung und humaner Arbeitsbedingungen, die Ausbildung in polyvalenten Ausbildungsberufen über den momentanen Bedarf hinaus. Sie fordern ferner eine Ausbildungsstellenmeldepflicht der Betriebe und eine effiziente Finanzierung der beruflichen Bildung durch ein öffentlich kontrolliertes Umlagesystem.

Als Resümee läßt sich festhalten, daß in den Referaten und Diskussionsbeiträgen überwiegend die bekannten Grundpositionen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der anderen an der beruflichen Bildung beteiligten Stellen noch einmal vorgetragen wurden. Ein konstruktiver Dialog kam dabei nur in wenigen Punkten zustande. Seitens der Wissenschaft konnte eine „erlösende“ Antwort auf die drängenden Fragen nicht erwartet werden. Sie konnte aber durch verbesserte Informationen und Analysen wertvolle Anregungen für die zu ergreifenden Maßnahmen geben.

Sigrid Damm-Rüger, Peter-W. Kloas, Burkhart Sellin

## Bericht zum Tagungsbereich 2

### Modellversuche – ein Instrument für Innovationen im beruflichen Bildungswesen

Der Tagungsbereich orientierte sich an einer Themenstellung, die mit unterschiedlichen Akzentuierungen schon seit Gründung des Instituts in der „Hauptabteilung Curriculumforschung“ bearbeitet wurde. Neben der eigenen Konzipierung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen und den dabei gesammelten Erkenntnissen und Erfahrungen gewann die Begutachtung und Auswertung von Modellversuchen im Rahmen der „gemeinsamen Bildungsplanung“ (Bund und Länder) für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zunehmende Bedeutung. Durch die mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vorgesehene Betreuung von Modellversuchen durch das BIBB kommt diesem Aufgabenkomplex für das Institut eine neue Dimension zu.

Unter Berücksichtigung dieser Ausgangsbasis diente die Fachtagung als Plattform zur Sammlung von Anregungen für die künftige Aufgabenwahrnehmung und Positionsbestimmung im BIBB. So wurden in der einleitenden Podiums-

diskussion von Vertretern aus Bildungsverwaltung/Bildungsplanung, Bildungspraxis und Bildungsforschung die unterschiedlichen Erwartungen an das Instrument „Modellversuch“ und seine Handhabung akzentuiert.

Die Notwendigkeit und Bedeutung von Modellversuchen fand allgemeine Anerkennung. Einigkeit bestand auch darin, daß die zentrale Funktion im Rahmen der „Vorbereitung“ und „Überprüfung“ bildungspolitischer Entscheidungen zu orten sei. In diesem Zusammenhang wurde auch der Beitrag der Forschung mit thematisch-konzeptionellen Beiträgen zur Modellentwicklung und methodisch orientierten Beiträgen zur Bewährungskontrolle von Modellversuchen gestellt. Als allgemein markierte Grenzlinie der Aussagekraft kann die implizite Feststellung gewertet werden, daß Modellversuche weder grundlagenorientierte Forschung noch bildungspolitische Entscheidungen ersetzen können.

Soll allerdings die Aussagekraft von Modellversuchen zur